

26. März 2007
Presseaussendung Greenpeace

Umwelt/Greenpeace/Klima/Verkehr

Greenpeace: Straßenbauprojekte steigern Transit und CO2-Ausstoß

Wird Runder Tisch zu Lobau und Klimagipfel durch kommende Ministerratsentscheidung überflüssig?

Wien (OTS) - Die Umweltorganisation Greenpeace äußert heftige Kritik am Ausbauplan der Bundesregierung für das Autobahnnetz. Dieses Bau-Paket würde den CO2-Ausstoß des motorisierten Straßenverkehrs massiv ansteigen lassen und andere Bestrebungen im Klimaschutz wieder zunichte machen. Greenpeace fordert daher eine Durchrechnung des erhöhten CO2-Ausstoßes durch den von der Bundesregierung geplanten Straßenausbau. Die Umweltorganisation verlangt darüber hinaus die Erarbeitung eines "klimaverträglichen Gesamtverkehrsplans", der nicht nur die Interessen der Bauindustrie berücksichtigt, sondern eine echte Verkehrswende inklusive eines Lückenschlusses im Angebot des öffentlichen Verkehrssystem zum Ziel hat.

"Wenn jetzt die Lobau-Autobahn und andere Straßenprojekte als fix präsentiert werden und im Ministerrat am kommenden Mittwoch beschlossen werden sollen, welchen Sinn macht da ein Klimagipfel und die Fortsetzung des Runden Tisches zur Lobau überhaupt noch", fragt sich Greenpeace Klima-Experte Erwin Mayer. "Bis jetzt gibt es keine offizielle Berechnung im Rahmen des Generalverkehrsplans bezüglich dessen Auswirkungen auf CO2, Lärm und Stickoxide. Wie viele zusätzliche Tonnen CO2 und wie viel zusätzlicher LKW-Transit werden denn durch diese Straßenbau-Offensive verursacht, Herr Minister Pröll und Faymann?", so Mayer.

"Die Mittel aus der durchaus sinnvollen Erhöhung der Mineralölsteuer (MöSt) um drei Cent pro Liter Benzin und fünf Cent pro Liter Diesel sollten für den Klimaschutz und keinesfalls für den Straßenbau verwendet werden. Wir befürchten, dass die zusätzlichen MöSt-Einnahmen auch für Straßenprojekte wie die Lobau-Autobahn eingesetzt werden. Wie ist es sonst zu erklären, dass die bisher als kaum finanzierbar geltende - und unnötige - Autobahn plötzlich wieder auf der Prioritätenliste steht?", so Mayer weiter .

Der motorisierte Straßenverkehr kommt derzeit nur zu einem Bruchteil für die von ihm verursachten ökologischen und sozialen Folgekosten auf. "So lange die Kostenwahrheit im Straßenverkehr nicht erreicht ist, führt jeder Straßenneubau zu mehr Verkehr und damit mehr CO2, Lärm, Stickoxide und anderer Abgase. Um Kostenwahrheit umzusetzen, braucht es unter anderem die Ausdehnung der LKW-Maut auf das gesamte öffentliche Straßennetz und die Verwendung dieser und der erhöhten MöSt-Einnahmen für Ausbau und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs sowie für die Förderung des Ankaufs CO2-sparsamerer Fahrzeuge für die Autofahrer", betont Mayer. Aus einer über die MöSt hinausgehenden CO2-Steuer sollten laut Greenpeace auch günstige Tickets für die öffentlichen Verkehrsmittel sowie eine bundesweite Netzkarte gestützt werden. "Die Verlagerung des Schwerverkehrs von der Straße auf die Schiene kann bei immer mehr und dazu breiteren Transitschneisen durch Österreich und der fehlenden Kostenwahrheit nicht gelingen - auch wenn parallel zur Straße auch die Schiene ausgebaut wird", schließt Mayer.

Rückfragehinweis:
Greenpeace CEE
Matthias Schickhofer
Leiter Klimakampagne
Tel: +43 (0)664 612 67 15
Mag. Erwin Mayer
Klimaexperte
Tel: +43 (0)664 270 04 41

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0147

2007-03-26/12:41

261241 Mär 07